

Festveranstaltung

40 Jahre Gesamtschulen in Niedersachsen Gesamtschulen ohne „Wenn und Aber“!



Musikalische Begleitung der Festveranstaltung durch Bläserklassen der IGS Langenhagen

17. Juni 2011

Integrierte Gesamtschule Langenhagen

Inhalt:

Vorwort	Seite 2
Einleitung	Seite 3
Ansprache von Wolfgang Kuschel Direktor der IGS Langenhagen	Seite 9
Grußwort von Gerhard Hildebrandt Vorsitzender der GGG ‚Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule‘, Landesverband Niedersachsen	Seite 12
Festrede von Prof. Rolf Wernstedt Ehem. Landtagspräsident und Kultusminister	Seite 15



Blick ins Auditorium, 1. Reihe von links: Hildebrandt, Brandt, Dr. Althusmann, Prof. Wernstedt, Kucharski, Gondermann, Heiligenstadt, Korter, Klare, Reichwaldt

Bildergalerie: http://www.gew-nds.de/meldungen/Bildergalerie_17.06.11.php

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Berliner Allee 16
30175 Hannover

www.gew-nds.de

Juni 2011

Vorwort

40 Jahre Gesamtschulen in Niedersachsen Gesamtschulen ohne „Wenn und Aber“!

Mit dieser Internet-Broschüre dokumentieren die drei Veranstalter den Festakt vom 17. Juni 2011 zum 40. Jahrestag der Gesamtschulen in Niedersachsen und machen die Reden auf diesem Wege einem größeren Publikum zugänglich.

Insbesondere der Vortrag von Prof. Rolf Wernstedt, der die Entwicklung der Gesamtschulen in Niedersachsen in eine sozialwissenschaftliche Reflektion von 40 Jahren bildungspolitischer Entwicklung in Niedersachsen einordnet und daraus Überlegungen für die künftige Bildungspolitik ableitet, wurde als schriftlicher Text zum Nachlesen angefordert.

Dem kommen wir gerne nach und veröffentlichen zudem die Ansprachen des Schulleiters der IGS Langenhagen, Wolfgang Kuschel und des Vorsitzenden der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen, Gerd Hildebrandt. Einleitung und Fotos sollen zudem das Bild der Festveranstaltung bunter machen.

Die folgende Einleitung versucht, den Ablauf der Veranstaltung darzustellen und die Stimmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erfassen. Dabei wird das Grußwort des Niedersächsischen Kultusministers Dr. Bernd Althusmann gewürdigt, der den Gesamtschulen die Ehre erwies, ihre Erfolge würdigte und ihre Wünsche notierte und seine Vorstellungen von einem zweigliedrigen Schulsystem vorstellte. Außerdem wird auf die kurzen Grußworte von Susanne Gondermann, Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gesamtschulen der GEW und von Klaus Kucharski, Vorsitzender der Landesfachgruppe verwiesen. In seinem Schlusswort antwortete Eberhard Brandt auf die Aussagen des Kultusministers und fasste die aktuellen Forderungen der Gesamtschulen zusammen.

Eberhard Brandt
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen

Wolfgang Kuschel
IGS Langenhagen

Gerd Hildebrandt
Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen
Niedersachsen

Einleitung

Am 17. Juni 2011 feiern 270 Vertreterinnen und Vertreter aus fast 100 niedersächsischen Gesamtschulen in der IGS Langenhagen ihre gute Arbeit und ihre erfolgreiche Entwicklung gemeinsam mit viel Freude an den schwungvollen Auftritten der Bläserklassen und des Chores, mit politischem Biss beim differenzierten Beifall für die Aussagen der Rednerinnen und Redner und mit angeregten Gesprächen mit alten und jungen Menschen aus der Gesamtschulbewegung. Sie sind dabei nicht allein unter sich, sondern können zahlreiche Ehrengäste begrüßen.

Diese Veranstaltung bedeutet eine Selbstvergewisserung und Ermutigung für alle, die engagiert, aber teilweise unter widrigen äußeren und politischen Bedingungen alltäglich in Gesamtschulen arbeiten oder für sie in der Schulbehörde und im Kultusministerium tätig sind. Sie zeigt den Unterstützern der Gesamtschulen aus Elternschaft und Politik, dass die Gesamtschulbewegung ihre Forderungen an die Politik geschlossen, selbstbewusst und engagiert stellt und dass sie sich der Bedeutung der engen Zusammenarbeit mit ihren Partnern bewusst ist. Dafür stehen die Logos der drei Veranstalter IGS Langenhagen, GEW und GGG, und das Motto „40 Jahre – Gesamtschulen ohne „Wenn und Aber“, die die Aula eindrucksvoll prägen.

Wolfgang Kuschel, Direktor der IGS Langenhagen

Wolfgang Kuschel begrüßt als Direktor der gastgebenden IGS die Ehrengäste, die aktuell Verantwortung in Politik, Administration, Elternvertretung und in der Gesamtschulbewegung tragen. Besonderer Applaus gilt den Vätern und Müttern der Gesamtschulen, die sie aus der Taufe gehoben und ihren Weg über Jahre begleitet haben. Der Applaus steigert sich, als Wolfgang Kuschel die Abordnung der IGS Göttingen-Geismar begrüßt, die gerade vom Bundespräsidenten Christian Wulff als beste Schule den deutschen Schulpreis überreicht bekommen hatte.



Wolfgang Kuschel, Direktor der IGS Langenhagen

Gerd Hildebrandt, Vorsitzender der GGG Niedersachsen

Gerd Hildebrandt skizziert als Vorsitzender der GGG Niedersachsen die Ziele der Einführung der Gesamtschule, die Gründungsphase, den Aufbau und die Entwicklung der Gesamtschulen in Niedersachsen seit 1971. Er beschreibt die „Herkulesaufgabe“, die enorme Anstrengung beim Erfinden einer neuen alternativen Schulform, die das gegliederte Schulsystem ersetzt, und benennt die politischen Hindernisse, die der Gründung von Gesamtschulen in langen Perioden in den Weg gestellt wurden. Von 1976 bis 1989 und von 2003 bis 2008 durften keine neuen Gesamtschulen errichtet werden. Die ungebrochene Nachfrage der Eltern nach Gesamtschulen spricht aus den Zahlen, die Gerd Hildebrandt darstellt. Neun Gesamtschulen wurden 1971 gegründet, 39 seit 2009, 2011 gibt es 100. „Und dieser Elternwille manifestiert sich jährlich in den Anmeldezahlen. 2010 hatten die 56 Integrierten Gesamtschulen fast 12.000 Anmeldungen für 8.500 Plätze. Das ist ein Fehl von 30%.“

Gerd Hildebrandt gratuliert der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule Göttingen-Geismar zum Deutschen Schulpreis: „Wir alle freuen uns, dass es nach der IGS Franzshes Feld Braunschweig und der Robert-Bosch-Gesamtschule IGS Hildesheim zum dritten Mal eine IGS aus Niedersachsen geschafft hat, diesen renommierten Preis zu gewinnen. Das zeugt doch von der Qualität dieser Schulform.“

Der GGG-Landesvorsitzende richtet anlässlich des Gesamtschulgeburtstages sechs Wünsche an den Kultusminister:

1. Vierzügige Gesamtschulen sind gute Praxis in Niedersachsen. Sie sollten umgehend wieder genehmigt werden.
2. Gesamtschulen brauchen konzeptionell den gebundenen Ganzttag. Das gilt auch für die seit 2009 genehmigten Schulen. Sie müssen nach dem Ganzttagserlass ihr Ganzttagmodell selbst entwickeln können und dafür die entsprechende Ausstattung bekommen.
3. Die Kooperativen Gesamtschulen in Niedersachsen blicken auf eine erfolgreiche Arbeit in ihrer Geschichte zurück. Sie müssen als Schulform wieder genehmigungsfähig werden.
4. Ob der Weg für die Schüler zur Abiturprüfung 12 oder 13 Jahre dauert, sollten die Gesamtschulen selber bestimmen können.
5. Es ist ein Anachronismus, dass die Formen der Differenzierung zentral festgelegt sind.
6. Wenn an verschiedenen Schulformen die Klassenfrequenzen gesenkt werden, dürfen die Gesamtschulen nicht vergessen werden.



Gerhard Hildebrandt, Vorsitzender GGG, Landesverband Niedersachsen



Kultusminister Dr. Bernd Althusmann

Kultusminister Dr. Bernd Althusmann steht bei seinem Grußwort unter dem Eindruck seines Besuches der Hauptschule in Garbsen, wo er sich unmittelbar zuvor über Gewalttaten informiert hatte und Gespräche mit Kollegium, Schulleitung und Schülerinnen und Schülern geführt hatte. Erfreut nimmt das Publikum das Lob auf, dass Bernd Althusmann den Gesamtschulen zollt. Sie arbeiteten erfolgreich, seien bei Eltern akzeptiert und hätten eine anerkannte Stellung innerhalb des niedersächsischen Schulsystems. Der Kultusminister wehrt sich dagegen, dass seine Regierung als gesamtschulfeindlich bezeichnet wird. Immerhin habe die CDU/FDP-Koalition innerhalb von drei Jahren 39 neue Gesamtschulen genehmigt, mehr als jede andere Regierung vorher. Deshalb könne aus seiner Sicht auch nicht davon gesprochen werden, dass die bei der Errichtung von Gesamtschulen geforderte Fünfzügigkeit eine unüberwindbare Hürde darstelle.

Der Kultusminister wendet sich gegen ein Einheitsschulsystem und hebt hervor, dass das Gymnasium die Schulform sei, die am stärksten angewählt würde. Bernd Althusmann spricht sich für ein „differenziertes Schulsystem“ aus, das sich langfristig bundesweit auf zwei Schulformen reduziere: neben den Gymnasien würden in der „Oberschule“ Haupt- und Realschulen zusammengeführt. In Niedersachsen, so fügt er hinzu, bestünden aber außerdem auch die Gesamtschulen.

Über die Einführung der Oberschulen äußert sich der Minister begeistert. Schon im ersten Jahr würden 100 errichtet – überwiegend durch die Umwandlung von zusammengefassten Haupt- und Realschulen. Auch einige Oberschulen mit einer Gymnasialklasse würden zustande kommen und die Schulen seien ja fast Gesamtschulen.

Wie der Kultusminister mit den „Wünschen“ der Gesamtschulen umgehen wird, bleibt letztlich unklar. Seine dreimal wiederholte Erklärung, er habe die Wünsche „notiert“, wird mit Beifall bedacht. Er deutet an, dass er überlegt, wie den aus ehemaligen Haupt- und Realschulen gegründeten neuen Gesamtschulen geholfen werden könne, ihre schwierige Aufbauarbeit zu bewältigen, die ja teilweise in sozialen Brennpunkten stattfände. Offenbar geht es dabei um den teilweise gebundenen Ganzttag. Althusmann macht deutlich, dass er am Abitur in Klasse 12 festhalten wolle, auch an Gesamtschulen. Es sei erwiesen, dass es machbar sei. Ob er dennoch bereit ist, für die IGS Göttingen-Geismar die beantragte Ausnahmegenehmigung zu erteilen, bleibt ebenso unklar wie eine mögliche Lockerung der Differenzierungsvorschriften für Integrative und Kooperative Gesamtschulen.

Ein freundlicher Schlussapplaus begleitete den Minister vom Podium und zeigte ihm, welche Erwartungen die Gesamtschulen an ihn richten.



Susanne Gondermann, Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gesamtschulen

Susanne Gondermann berichtet, dass sie sich als Vorsitzende der Bundesfachgruppe Gesamtschulen der GEW intensiv mit dem Konzept der IGS Göttingen-Geismar beschäftigt hätte. Von dieser Schule sei 1982 über die Bundesfachgruppe Gesamtschulen der Impuls für ein großes Schulentwicklungsprojekt ausgegangen: „Stabilisierung und Weiterentwicklung von Gesamtschulen durch Lehrerkooperation“. Dieses Projekt sei dann von Gewerkschaftsstiftungen und mehreren Kultusministerien finanziert worden. Sein Ziel sei unter anderem, die Erfahrungen der IGS Göttingen-Geismar mit dem Teamkleingruppen-Modell und dem Tischgruppenmodell weiterzutragen. Heute gebe es viele Gesamtschulen auch in anderen Bundesländern, die auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung ganz oder weitgehend verzichten zugunsten einer gesamtschulspezifischen Pädagogik, so wie sie die IGS Göttingen-Geismar vorlebe und wie sie von der KMK inzwischen als „klasseninterne Kurszuweisung“ auch zugelassen werde. Die konzeptionellen Entscheidungen der IGS Göttingen-Geismar seien zu Recht prämiert worden, sie müssten allerdings auch bei anderen Gesamtschulen zugelassen und unterstützt werden. Zu diesen konzeptionellen Entscheidungen gehöre auch das Abitur nach 13 Jahren.

Die konsequente Anwendung der Lernentwicklungsberichte bis einschließlich Jahrgang 8, verbunden mit der Ausgestaltung des gebundenen Ganztags und die Begrenzung der Differenzierung seien bis 2004 herausragende Kennzeichen der niedersächsischen Gesamtschulen gewesen, die man in anderen Bundesländern so nicht finde.

Prof. Rolf Wernstedt, Kultusminister und Landtagspräsident a.D.

Der Vortrag von Rolf Wernstedt „40 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen“ wird von allen Gästen der Festveranstaltung mit besonderer Aufmerksamkeit aufgenommen und endet in einer lang anhaltenden standing ovation. Die sozialwissenschaftliche Analyse beginnt mit den Gesamtschul-Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates von 1969, untersucht die politischen und bildungsökonomischen Bedingungen der Schulreform und setzt sich mit der Frage auseinander: Was ist eine ideologische Schulpolitik? Die Analyse der aktuellen Situation und der Ausblick sollten bei der Weiterentwicklung nicht nur der sozialdemokratischen Bildungspolitik beachtet werden.



Prof. Rolf Wernstedt, Kultusminister und Landtagspräsident a.D.



Klaus Kucharski, Vorsitzender der Landesfachgruppe Gesamtschulen

Klaus Kucharski erläutert, dass die Landesfachgruppe ein tragendes Netzwerk innerhalb der Gesamtschulbewegung darstellt und neben der Interessenvertretung der Kollegien den Austausch pädagogischer Konzepte zwischen den Gesamtschulen fördert und zu ihrer Weiterentwicklung beiträgt.

Eberhard Brandt, Vorsitzender der GEW Niedersachsen

Eberhard Brandt dankt in seinem Schlusswort der IGS Langenhagen für die Ausgestaltung der Veranstaltung, für die musikalische Begleitung und für die gute Betreuung der aus ganz Niedersachsen angereisten Gäste, zu der auch die Beschäftigten des Caterers „Alles Banane“ beigetragen haben.

Die gute Zusammenarbeit der Gesamtschulen und ihrer Elternschaft mit der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen und der GEW sei die unerlässliche Bedingung für die erfolgreiche Arbeit der Gesamtschulen. Das sei bei der Vorbereitung dieser 40-Jahr-Feier deutlich geworden.

Ohne die Unterstützung der Landtagsfraktionen von SPD, Grünen und Linken, ohne die Positionen des Landeselternrats und die Forderungen der Spitzenorganisationen der Kommunen und Landkreise, ohne die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsverbänden wie dem Schulleitungsverband, wäre die Überwindung des Gründungsverbots und die erfolgreiche Gesamtschulentwicklung der letzten Jahre nicht vorstellbar. Daher gelte ihnen allen zum Abschluss der Festveranstaltung ein herzlicher Dank, so Eberhard Brandt.

Dieser gelte auch dem Kultusminister, seinem freundlichen Grußwort und seinen Andeutungen für eine größere Flexibilität im Umgang mit den Gesamtschulen. Die Geburtstagswünsche der Gesamtschulen sollten allerdings nicht erst nach den nächsten Landtagswahlen mit einer veränderten politischen Zusammensetzung der Regierung erfüllt werden. Eberhard Brandt wandte sich direkt an den Kultusminister, indem er ihn aufforderte, seine Handlungsmöglichkeiten als Minister auszuschöpfen. In seiner Hand läge es, für die IGS Göttingen sofort die beantragte Ausnahmegenehmigung zu erteilen, damit alle Schülerinnen und Schüler weiterhin bis einschließlich Klasse 10 gemeinsam unterrichtet werden können. Das prämierte Schulmodell müsse uneingeschränkt erhalten bleiben. Eberhard Brandt forderte für die übrigen Gesamtschulen Gestaltungsfreiheit bei der Differenzierung und bei der Schulzeit ein. Alle Gesamtschulen wollen für sich die Freiheit haben, auch das „beste deutsche Schulmodell“ einzuführen. Das Beste sei für alle gerade gut genug.

Der niedersächsische GEW-Vorsitzende griff insbesondere die Andeutungen auf, den neugegründeten Gesamtschulen könne eventuell mit einer Verbesserung der Ganztagskonditionen geholfen werden. Dies müsse möglichst schnell geschehen, weil alle Gesamtschulen für ihr pädagogisches Konzept der Förderung aller Schülerinnen und Schüler den gebundenen Ganzttag benötigen.

Verordnungen und Erlasse könne der Minister aus eigener Macht herausgeben. Er sei nicht verpflichtet, jede Entscheidung in den Koalitionsausschuss zu geben, und er müsse sich auch nicht bei jeder Entscheidung die Zustimmung des kleinsten Koalitionspartners einholen. Die Gesamtschulen erwarteten, dass der Minister seine Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Gesamtschulen ausschöpfe. Diese Erwartung werde auch in der Öffentlichkeit an den Minister gerichtet. Diese bildungspolitische Frage könne bei den Landtagswahlen eine große Rolle spielen. Bei der 40-Jahr-Feier sei zu spüren gewesen, dass die Gesamtschulbewegung politisch handlungsfähig war, ist und bleibt.



Eberhard Brandt, Vorsitzender der GEW Niedersachsen

Ansprache von Wolfgang Kuschel Direktor der IGS Langenhagen

Im Schuljahr 1968/69 etwa trat mein Gemeinschaftskundelehrer und Schulleiter Julius Seiters am Hildesheimer Domhof vor unsere Klasse. Er verkündete uns in einer Mischung aus Übellaunigkeit und Trotz: „Die Roten wollen hier in Hildesheim eine Gesamtschule gründen. Da werden wir dagegen halten.“ Damit war für mich noch Ahnungslosens eine Konfliktlinie vorgezeichnet, die die Gesamtschulen des Landes Niedersachsen und schließlich auch meine Arbeit an drei verschiedenen IGSen für Jahrzehnte begleiten sollte. Heute treffen wir uns nun nach 40 Jahren des lust- und lastvollen Auf- und Ausbaus von Gesamtschulen, nach Jahrzehnten des Zuspruchs und der üblen Nachrede. Wir treffen uns in einer Zeit großer Erfolge heute in einer Gesamtschule der ersten Generation, um inne zu halten und nach vorn zu schauen.

Ich begrüße Sie und euch herzlich in der IGS Langenhagen. Was ist das für eine Schule? Ich denke, sie ist für manches typisch, was diese Zeit geprägt hat: Typisch für den stürmischen Aufbruch der Nachkriegsgeborenen in die Gefilde einer humanen Pädagogik, typisch für die inneren Zerreißproben einer streitbaren Lehrerschaft, typisch auch für die ungebremste Nachfrage der Eltern, von denen seit langem hier in Langenhagen rund die Hälfte oder mehr ihre Kinder zu uns schicken möchte. Auch dieses Jahr weisen wir wieder fast fünf Klassen ab. Wir treffen uns in einer - wie ich immer sage – ganz normalen IGS: Sechszügig mit gymnasialer Oberstufe, mit Bläserklassen von 5 bis 10. Die 8.6 war es, die uns eben unter der Leitung von Claudius Netzel aufspielte. Eine 10. Klasse mit Ulrike Bodenstein-Dresler und ein Chor mit Jelka Klein und Rocio Heimbach werden folgen. Schon jetzt schönen Dank dafür.

Sie sind hier heute in einer ganz normalen IGS mit allen Profilen in der Oberstufe, in einer Gesamtschule, die wie viele mehrfach als berufswahl- und ausbildungsfreundliche sowie als sportfreundliche Schule ausgezeichnet wurde. Wir sind in einer ganz normalen Gesamtschule mit einem – auch das nicht untypisch - zur Zeit boomenden Theaterschwerpunkt, in einer IGS mit ganz normalen Schülern aus allen gesellschaftlichen Gruppen und Leistungsstufen, in einer IGS mit den für Gesamtschulen typischen hochengagierten Eltern und vor allem Lehrerinnen und Lehrern, die Schule nicht als Lernfabrik, sondern als Lebensraum begreifen. Wir freuten uns dann auch ein wenig, dass uns die leider wieder geschrumpfte Schulinspektion bescheinigte, dass hier wie an anderen Gesamtschulen (ich zitiere) „das Kind im Mittelpunkt steht“. Wir waren zwar nicht wie andere Gesamtschulen Niedersachsens Deutscher Schulpreis-Träger, wurden aber immerhin vor einem Jahr als einzige Schule Niedersachsens nominiert.

Eine gute Ausstattung durch den Schulträger erleichtert die pädagogische Arbeit – und wir haben Glück mit dem unseren. Deshalb begrüße ich besonders herzlich den Vertreter unseres Bürgermeisters, Herrn Carsten Hettwer und unsere ehemalige Bürgermeisterin, Langenhagener Ehrenbürgerin und v.a. Gründerin und „Gründungsmutter“ dieser Schule, Waltraud Krückeberg. - Pragmatisch denkende und handelnde Schulträger sind in den letzten Jahren oft unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit mehr und mehr zu Fürsprechern von Gesamtschulen geworden. Der Oberbürgermeister der niedersächsischen Stadt mit den meisten Gesamtschulen, Stefan Weil aus unserer Nachbarstadt Hannover ist leider verhindert, lässt uns jedoch herzliche Grüße zukommen.

Von dem Pragmatismus der Schulträger sind viele unserer Volksvertreter im niedersächsischen Landtag leider noch weit entfernt: Umso herzlicher begrüße ich unsere Unterstützer im Landesparlament: unseren ehemaligen Schüler Marco Brunotte aus Langenhagen und die bildungspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken Frauke Heiligenstadt, Ina Korter und Christa Reichwaldt. Für den Fall der Regierungsübernahme erwarten wir von Ihnen die zügige Umsetzung des Elternwillens ebenso wie die Aufhebung

starrer Bestandsgarantien. Lassen Sie dann die Abstimmung mit den Füßen als urdemokratische Willensbekundung zu! Und diese Bitte geht natürlich mit noch größerer Dringlichkeit an den stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU, Karlheinz Klare, den ich unter uns begrüße. Schön, dass Sie da sind, Herr Klare.

Es ist Tradition, dass Schulen und Lehrkräfte mit ihren Kultusministern hadern. Herr Althusmann, sie kommen gerade von einer Schule, die der manifeste Beweis dafür ist, was passieren kann, wenn man bildungspolitisch die guten ins Töpfchen und die Anderen ins Kröpfchen sortiert. Auch wenn Sie mit Ihrer Oberschule nur den halben Schritt in die richtige Richtung getan haben und uns das Gesamtschuldezernat nicht zurück gegeben haben, auch wenn Sie mit dem Korsett der Fünfzügigkeit bei Neugründungen den Leistungen unseres vierzügigen Schulpreisträgers in Braunschweig bzw. der nominierten IGS List nicht gerecht werden: Ihr Stil ist immer noch unverbraucht und wir freuen uns gespannt auf Ihr Grußwort, in dem Sie sicherlich das ungerechte Diktat der Fünfzügigkeit aufheben werden. Herzlich Willkommen Herr Kultusminister Dr. Bernd Althusmann. Sie sagten vor einer Woche, mit dem Schulpreis werde keine Schulform, sondern ein pädagogisches Konzept geehrt. Schade, dass Sie uns andere Gesamtschulen nicht so ganz an dem Erfolg der Göttinger Gesamtschule teilhaben lassen wollen. Doch mit Ihrem Hinweis auf das pädagogische Konzept kann ich gut leben. Aus mehr als drei Jahrzehnten Arbeit an drei verschiedenen Gesamtschulen weiß ich: Die IGSen in Hildesheim, Hannover, Braunschweig, Göttingen, Wilhelmshaven, Langenhagen oder anderswo sind sich ähnlicher, als mancher ahnt. Und in Göttingen wurde eine besonders konsequente Variante von IGS ausgezeichnet. Und deshalb freuen wir uns riesig über den Erfolg der Göttinger Gesamtschule und gratulieren ihr herzlich zur Fortsetzung der beeindruckenden Serie der Auszeichnungen niedersächsischer IGSen. Wir begrüßen die Abordnung aus Göttingen.

Einer Ihrer Vorgänger hat 1990 vorgemacht, wie man einen Weg aus der bildungspolitischen Sackgasse bahnt. Rolf Wernstedt war es, der Gesamtschulen zu Regelschulen machte und die zweite Welle der Neugründungen einleitete. Er ist heute unser Hauptredner. Wir begrüßen unseren ehemaligen Kultusminister und Landtagspräsidenten Prof. Rolf Wernstedt. Aber auch die Minister können ja nicht immer, wie sie wollen, sondern sind abhängig von selbstbewussten und ideenreichen Mitarbeitern in Ministerium und Schulbehörde. Und ich meine damit natürlich nicht jene Typen, die in seiner Anwesenheit stets nur mit niedergeschlagenen Augen von „Herr Minister“ sprechen. Stellvertretend für alle ehemaligen und jetzigen Arbeiter an der Dauerbaustelle Gesamtschule in den Behörden begrüße ich den ehemaligen Leiter dieser Schule und GEW-Vorsitzenden Dr. Dieter Galas, Marianne Assenheimer aus der Landesschulbehörde und v.a. ganz besonders herzlich Herbert Kastner, den unermüdlichen Streiter für unsere Sache.

Wer gute Arbeit leisten will, braucht auch ein Band das zusammenhält, braucht auch die Gemeinschaft Gleichgesinnter. Dies gibt uns seit Jahrzehnten landes- und bundesweit die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule. Ich heiße willkommen den Bundesvorsitzenden der GGG, Lothar Sack, den niedersächsischen Landesvorsitzenden Gerd Hildebrandt und den ehemaligen Bundesvorsitzenden Otto Herz.

Gesamtschul- und Gewerkschaftsbewegung waren in Deutschland immer eng miteinander verbunden, der bildungspolitische Aufbruch der 60er und 70er Jahre ist ohne die alte gewerkschaftliche Forderung nach Chancengleichheit nicht zu denken. Die GEW Niedersachsen mit Eberhard Brandt ist nicht nur der tragende Mitveranstalter dieses Treffens, wir freuen uns auch über die Teilnahme des DGB Niedersachsen-Bremen mit Andreas Gehrke, des GEW-Bezirks Hannover mit Nils Johannsen und des Vorstands der Fachgruppe Gesamtschulen mit Klaus Kucharski. Dass die GEW das niedersächsische Jubiläum für bundesweit bedeutsam hält, wird aus der Teilnahme von Susanne Gondermann, der Bundesvorsitzenden der Fachgruppe deutlich. Herzlich willkommen.

Erziehung findet jedoch nicht in Ministerien und Schulbehörden, sondern in den Schulen statt. Dort entfalten wir seit vierzig Jahren eine an den Schülern orientierte Pädagogik, dort praktizieren wir eine Pädagogik, die das diametrale Gegenbild zu den menschenfeindlichen Thesen einer durchgeknallten US-chinesischen Mutter darstellt. Dass diese Frau mit ihrem Aufruf zu schwarzer Pädagogik auch bei uns eine Erfolgsautorin geworden ist, ist ein trauriges Zeugnis unserer Gesellschaft. Das zeigt, wie lang der Weg noch ist, der vor uns liegt. Hier in den Schulen vor Ort praktizieren wir das, was Herbert Kastner, Otto Herz und so viele andere wieder und wieder beschrieben haben: Und deshalb begrüße ich mit großer Freude viele Kolleginnen und Kollegen aus ganz Niedersachsen, ihr habt allen Widrigkeiten zum Trotz Jahre und Jahrzehnte durchgehalten oder als junge Kollegen mitgetan, ihr seid die wirklichen Helden unserer niedersächsischen Gesamtschulerfolgsgeschichte. Herzlich willkommen.

Ich begrüße auch die streitbaren Personalvertretungen, die auch heute noch dafür sorgen, dass bei uns ein anderer Wind weht und dass Gesamtschulen immer noch ein Hort der Mitwirkung und Mitsprache sind. Ich freue mich, dass so viele Leiterinnen und Leiter, Mitglieder von kollegialen und erweiterten Schulleitungen den Weg hierher gefunden haben, jene Anreger und Antreiber, die wieder und wieder pädagogische Prozesse initiieren und fördern. Kaum jemand verkörpert das alles in seiner Person wie Ritschie Wilmers: Schön, dass du da bist!

Was wären wir ohne unsere Eltern, die zu uns stehen, auch wenn uns nicht immer alles gut gelingt: Unter uns sind Stefan Bredehöft vom Landeselternrat und Ute Janus vom Stadtelternrat Hannover, schön, dass Sie den Weg hierher gefunden haben. Ich bin durchaus stolz darauf, dass in Langenhagen und Hannover eine ganz besonders aktive Elternschaft sitzt und dass Langenhagen bei der Sammlung für das „Volksbegehren für gute Schulen“ Spitze in Niedersachsen ist. Unter uns ist auch die Sprecherin des Volksbegehrens, unsere IGS-Mutter Andrea Hesse, vielen Dank für deine, für eure Arbeit.

Die wichtigsten Menschen in Gesamtschulen aber sind gottlob nach wie vor die Schülerinnen und Schüler. Und deshalb gehören sie auch mit dazu, wenn wir feiern. Es ist schön, dass ihr den Weg hierher gefunden habt. Ihr habt in den letzten Jahren immer wieder auf Missstände und die Benachteiligung von Gesamtschulen aufmerksam gemacht und glaubwürdig unser Anliegen vertreten. Vielen Dank dafür!

Und bevor wir jetzt richtig anfangen, möchte ich noch ein Dankeschön loswerden: An die Vertreter der Medien für ihre Aufmerksamkeit, an die Klasse 8.3, die sich mit Petra Goltermann um die Verkehrslenkung draußen kümmert und an unsere Tontechnik-AG mit Björn Fiedler, die von dort oben für den guten Ton sorgt. Vielen Dank.

Fühlen Sie sich wohl in der IGS Langenhagen!



Musikalische Begleitung der Festveranstaltung durch den Chor der IGS Langenhagen

**Grußwort von Gerhard Hildebrandt
Vorsitzender der GGG ‚Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule‘, Landesverband
Niedersachsen**

Lieber Wolfgang Kuschel, sehr geehrter Herr Minister Dr. Althusmann,
sehr geehrter Prof. Wernstedt, lieber Eberhard Brandt,
liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

2011 wird die Gesamtschule in Niedersachsen 40 Jahre alt. Das ist für uns ein Grund zu feiern und zu gratulieren. Deshalb möchte ich heute den 7 Integrierten Gesamtschulen und 2 Kooperativen Gesamtschulen, die sich vor 40 Jahren – 1971 - auf den Weg gemacht haben, besonders herzlich gratulieren.

Es sind die Wilhelm-Bracke-Gesamtschule IGS Braunschweig, die IGS Fürstenau, die IGS Garbsen, die IGS Hannover-Linden, die Robert-Bosch-Gesamtschule IGS Hildesheim, die IGS Langenhagen und die Heinrich-Nordhoff-Gesamtschule IGS Wolfsburg.
Zu den 7 Integrierten Gesamtschulen kamen 2 Kooperative Gesamtschulen, die KGS Osnabrück-Schinkel und die KGS Neuenhaus, die es leider seit 2007 nicht mehr gibt.

Einen aktuellen herzlichen Glückwunsch möchte ich hinzufügen.

In der letzten Woche hat die Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule, die IGS Göttingen-Geismar den Deutschen Schulpreis gewonnen. Dazu gratuliere ich im Namen der GGG sehr herzlich. Wir alle freuen uns, dass es nach der IGS Franzshes Feld Braunschweig und der Robert-Bosch-Gesamtschule IGS Hildesheim zum dritten Mal eine IGS aus Niedersachsen geschafft hat, diesen renommierten Preis zu gewinnen. Das zeugt doch von der Qualität dieser Schulform.

Gewundert haben wir uns über die eher verhaltenen Reaktionen aus dem Kultusministerium. Hier hätten wir mehr öffentliche Freude und Anerkennung erwartet. Einem Artikel von Herbert Kastner, dem ersten Gesamtschulreferenten im Kultusministerium, folgend standen 4 Zielsetzungen im Vordergrund der Gesamtschulneugründungen:

1. der Abbau der ungleichen Bildungschancen,
2. die Reform der Bildungsinhalte und Unterrichtsformen,
3. die Demokratisierung der schulischen Entscheidungsprozesse,
4. das soziale Lernen in der Ganztagschule.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,
diese Zielsetzungen sind heute noch genauso aktuell und bedeutsam wie vor 40 Jahren. Sie sind auch heute noch der fundamentale Baustein vieler Leitbilder und Schulprogramme der Gesamtschulen Niedersachsens.
Dennoch waren die Gründungsbedingungen 1971 alles andere als einfach. Die ambitionierten Bildungsziele in eine gelungene pädagogische Praxis Tag für Tag umzusetzen war eine Herkulesaufgabe. Die bereits existierenden Gesamtschulen in den anderen Bundesländern waren noch sehr jung, es fehlte an Erfahrungen. Auch die Gründungskollegien waren jung und voll von pädagogischem Enthusiasmus, erfahrene Gesamtschulkolleginnen und –kollegen waren sehr rar und so war nicht alles an der Schulpraxis dieser neuen Schulform gleich überzeugend. Aber wir haben schnell aus unseren Fehlern gelernt.

1971 waren es 9 Gesamtschulen, 2011 sind es fast 100.

Das klingt nach einer Erfolgsgeschichte und sie ist es auch, wenn man den ungebrochenen Elternwillen für die Schulform Gesamtschule betrachtet. Leider hat die Bildungspolitik diesen Erfolg nicht immer positiv begleitet. Nach der Gründungsphase von 1971 bis 1975, in der 31 sehr große Gesamtschulen entstanden, gab es ein Gründungsverbot von 1976 bis 1989. Von 1989 bis 2003 verdoppelte sich die Zahl der Gesamtschulen. In dieser Phase entstanden die kleineren vierzügigen Gesamtschulen.

Von 2003 bis 2008 gab es ein zweites Neugründungsverbot. Danach wurden 2009, 2010 und 2011 39 weitere Gesamtschulen genehmigt und gegründet. Wenn man sich diese Entwicklung betrachtet, dann wird eines sehr deutlich:

Das bildungspolitische Hauptziel der Neugründungsverbote - das dreigliedrige System zu stärken und die Attraktivität der Gesamtschulen einzuschränken - ist jeweils nicht gelungen.

Wie in einer Wellenbewegung gab es nach den Verbotsphasen eine hohe Welle der Neugründungen.

Was macht denn nun die Attraktivität der Gesamtschulen aus?

Ich denke in den Augen der Eltern ist es wichtig, dass die Schullaufbahn für ihre Kinder nicht zu früh festgelegt wird. Hier unterscheiden sich die Gesamtschulen grundsätzlich von den dreigliedrigen Schulen. Mit der Auflösung der Orientierungsstufe und der Angliederung der Jahrgänge 5 und 6 an Hauptschule, Realschule und Gymnasium ist dieser Unterschied besonders für die Eltern noch deutlicher hervorgetreten.

Es macht keinen Sinn, die Schullaufbahn eines Kindes nach Klasse 4 mit einem Gutachten festzulegen. Nach unseren eigenen Erhebungen entsprechen 50% dieser Prognosen nicht den Abschlüssen am Ende der Sekundarstufe I. Eltern wollen das Offenhalten der Schullaufbahn in der Sekundarstufe I und das gemeinsame Lernen in heterogenen Lerngruppen und hier liegt eine wesentliche Stärke der Gesamtschulen. Sie entwickeln die Schullaufbahn eines Kindes an der individuellen Lernentwicklung des Kindes, sie öffnen die Bildungswege und bieten eine hohe Durchlässigkeit. Das ist attraktiv und entspricht dem Willen sehr vieler Eltern.

Und dieser Elternwille manifestiert sich jährlich in den Anmeldezahlen. 2010 hatten die 56 Integrierten Gesamtschulen fast 12.000 Anmeldungen für 8.500 Plätze. Das ist ein Fehl von 30%. Die Anmeldungen 2011 laufen noch und eine statistische Auswertung ist noch nicht möglich. Aber einzelne Zahlen können wir nennen:

- Braunschweig: 4 IGS mit 546 Plätzen – 909 Anmeldungen,
- Hildesheim: RBG 276 Anmeldungen für 180 Plätze,
- Oldenburg: IGS Helene Lange 248 Anmeldungen für 113 Plätze,
- Schaumburg: 185 Anmeldungen für 115 Plätze,
- Wilhelmshaven: 313 Anmeldungen für 180 Plätze.

Auch wenn diese Zahlen nur einige Schlaglichter markieren, ich bin mir sicher, dass es auch 2011 wieder erheblich mehr Anmeldungen für die vorhandenen Plätze geben wird und dass weitere Gesamtschulgründungen folgen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gesamtschulen waren in den letzten 40 Jahren immer ein pädagogischer Reformmotor. Das wird in der Öffentlichkeit aus meiner Sicht viel zu wenig beachtet. Projektwochen, fächerübergreifendes und fächerverbindendes Lernen, kooperative und schüleraktivierende Lernformen im Unterricht, Schulsozialarbeit, Arbeit in Lehrerteams, Training von sozialem Verhalten, Tage der offenen Tür, Präsentationen schulischer Arbeit für die Öffentlichkeit haben an vielen Schulen Eingang in den Schulalltag gefunden.

Und das ist gut so und soll auch so bleiben.

Wir möchten uns nur den Hinweis erlauben, dass die meisten dieser inneren pädagogischen Reformen aus der Praxis der Gesamtschulen entstanden sind. Und das ist auch ein Hinweis auf die hohe Qualität der Arbeit der Gesamtschulen in Niedersachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gesamtschulen in Niedersachsen haben in ihrer 40jährigen Geschichte viel erreicht und werden noch vieles erreichen. Da bin ich mir sicher. Dennoch sind wir nicht wunschlos glücklich. Wir haben Forderungen an die Bildungspolitik. Und ich denke, an einem Geburtstag darf man nicht nur, sondern soll man Wünsche äußern:

1. Vierzügige Gesamtschulen sind gute Praxis in Niedersachsen. Sie sollten umgehend wieder genehmigt werden.
2. Gesamtschulen brauchen konzeptionell den gebundenen Ganzttag. Das gilt auch für die seit 2009 genehmigten Schulen. Sie müssen nach dem Ganzttagserlass ihr Ganzttagmodell selbst entwickeln können und dafür die entsprechende Ausstattung bekommen.
3. Die Kooperativen Gesamtschulen in Niedersachsen blicken auf eine erfolgreiche Arbeit in ihrer Geschichte zurück. Sie müssen als Schulform wieder genehmigungsfähig werden.
4. Ob der Weg für die Schüler zur Abiturprüfung 12 oder 13 Jahre dauert, sollten die Gesamtschulen selber bestimmen können. Es gibt keine Notwendigkeit dies zentral festzulegen. Die Abiturnorm ist durch das Zentralabitur vorgegeben.
5. Da es auch in der Sekundarstufe I zentrale Abschlussprüfungen gibt, ist es ein Anachronismus, dass die Formen der Differenzierung zentral festgelegt sind. Die Einzelschulen haben die Kompetenz, ihre Schüler zu erfolgreichen und angemessenen Abschlüssen zu führen.
6. Wenn an verschiedenen Schulformen die Klassenfrequenzen gesenkt werden, dürfen die Gesamtschulen dabei nicht vergessen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Viele wissen, dass ich von der Nordseeküste komme und Leiter der IGS Wilhelmshaven bin. Ich will deshalb schließen mit einer maritimen Metapher.

Die niedersächsischen Gesamtschulen segeln hart am Wind und machen gute Fahrt. Sie haben ihren Kurs in rauer See richtig bestimmt. Einsatzbereite und engagierte Mannschaften sind an Bord, auf der Brücke stehen fähige Kapitäne und Offiziere. Bei Flaute und Gegenwind können sich die Gesamtschulen auf ihren starken Dieselmotor verlassen.

In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute Fahrt in die nächsten 40 Jahre. Vielleicht werden wir in dieser Zeit die ersetzende Schulform und alle Säulenmodelle sind nur noch ein Thema für die historisch-pädagogische Forschung.
Für jemanden, der sein Ziel kennt, gibt es immer einen günstigen Wind.

Ich danke für ihre freundliche Aufmerksamkeit.

Prof. Rolf Wernstedt

40 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen

Vortrag auf der gemeinsamen Veranstaltung der GEW Niedersachsen, der IGS Langenhagen und der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule am 17. Juni 2011 in der Integrierten Gesamtschule Langenhagen

- I. Die Gesamtschul- Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates 1969**
- II. Pädagogische und politische Grundtatsachen**
- III. Was ist ideologische Schulpolitik?**
- IV. 40 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen**
- V. Aktuelle Situation**
- VI. Was bedeuten die Auszeichnungen für die IGS Hildesheim, Braunschweig und Göttingen?**
- VII. Ausblick**

I. Die Gesamtschul- Empfehlung des Deutschen Bildungsrates 1969

Der Göttinger Historiker Hermann Heimpel hatte uns jungen Studenten der 60er Jahre den Rat mitgegeben, dass die Kenntnis von Sekundärliteratur und Quellen vor Neuentdeckungen schütze. Diese Warnung ist auch bei der Sichtung von Argumenten und Gegenargumenten, Geschichte und Verlauf der Gesamtschulentwicklung angebracht.

Es gab zwischen 1965 und 1975 in der alten Bundesrepublik einen Deutschen Bildungsrat, in dem Bund, Länder, Kommunale Spitzenverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschaft und kundige Persönlichkeiten in umfangreichen Studien und Empfehlungen die Reformbedürftigkeit des westdeutschen Bildungswesens umschrieben und sich auf konkrete Verbesserungen verständigten. Herausgekommen sind die wohl am gründlichsten erarbeiteten Studien, die vor den PISA- Untersuchungen seit 2001 erschienen sind, z.B. der Sammelband „Begabung und Lernen“ (1968) und der „Strukturplan für das Bildungswesen“ (1970). Auf ihrer Sitzung am 30./31. Januar 1969 verabschiedete die Bildungskommission, in der u. a. Hartmut von Hentig, der spätere Hildesheimer katholische Bischof Josef Homeyer, Hans-Günter Rolff u. A. saßen, die Empfehlungen zur „Einrichtung von Schulversuchen“. Dies war die politische Gründungsurkunde der Gesamtschulen in der Bundesrepublik. Allerdings war es keine Grundentscheidung für die Umstellung des gesamten Schulwesens auf Gesamtschulen, wie es in den 60er Jahren in ganz West- und Nordeuropa geschehen ist. Die USA und Kanada kennen ja ohnehin nur Comprehensive Schools.

Vielmehr sollten die mit der Gesamtschule verbundenen Erwartungen und Befürchtungen in Versuchsschulen wissenschaftlich verifiziert oder falsifiziert werden.

Noch heute lässt sich das Einführungskapitel, in dem die Gründe für und Einwände gegen die Gesamtschule gegenübergestellt werden, lesen, als wäre es ein Text aus dem Jahre 2011.

Unter dem damals unstrittigen Paradigma der Herstellung von Chancengleichheit erwartete man eine höhere Leistungsfähigkeit des Schulsystems insgesamt, eine größere Individualisierung des Lernens und eine stärkere Berücksichtigung wissenschaftlichen Denkens für alle in der Schule Lernenden und Lehrenden.

Unter wissenschaftlicher Orientierung verstand man die Erwartung, dass nicht volkstümliche oder literarische Bildung die Richtschnur des zu Lernenden sein könne, sondern dass sich alle Schüler durch hohe Spezialisierung Einblick in das Ganze und seine Zusammenhänge verschaffen können müssen und damit eine gebührende Distanz zu den Grenzen der Wissenschaft erwerben, eine Fähigkeit zur Kritik an Informationen erarbeiten und die Grundformen wissenschaftlichen Denkens einüben. „Darum lässt sich die Trennung in eine volkstümlich- elementare, in eine technisch- praktische und in eine wissenschaftlich- theoretische Bildung nicht mehr aufrechterhalten“ (S. 22).

Die Einwände gegen diese Auffassung sind bekannt: Es würden zu viele überfordert und die Besseren kämen nicht zu ihrem Recht.

Als Individualisierung des Lernens wird die Möglichkeit verstanden, dass Schüler gemäß ihren Neigungen und Fähigkeiten Themen und Schwerpunkte selbst aussuchen können sollen. Erwartet wird dadurch eine Stärkung der Lernmotivation und Leistungsbereitschaft. Auch hier sind die Einwände erstaunlich gegenwartsnah: Das führe zu Beliebigkeit der Wahlen, Leistungsanforderungen würde ausgewichen und „letztlich bedarf es für eine rationale Weltorientierung eines Mindestbestandes an Kenntnissen in wohl jedem der Fächer“ (S. 24).

Die Bildungskommission vertieft die Erwartung der Individualisierung mit dem Hinweis, dass die Kinder in unterschiedlichen Fachbereichen stärker motiviert sind und deshalb auch sich dort jeweils qualifizieren sollen. Ein in Technik guter Hauptschüler ist vielleicht dem Gymnasiasten überlegen, während er es in der Sprache nicht ist. In einer gemeinsamen Schule würden alle von den Kenntnissen des Anderen profitieren.

Der Einwand ist ein curricularer Klassiker: Das führe letztlich zu „zusammenhanglosem, bloß punktuelltem Lernen“ (S. 27).

Auch die von der Forderung nach Chancengleichheit abgeleiteten Erwartungen sind gegenwärtig. Durch die frühe Trennung der Schüler in verschiedene Schulformen würde der „weitere Bildungsweg in einem Alter festgelegt, in dem sich ihre Eignung nicht eindeutig ermitteln lässt und in dem die soziale Herkunft der Schüler für den Schulerfolg noch weitgehend bestimmend ist“ (S. 27). „Die aus einem anders verlaufenden Sozialisationsprozess entstandenen Nachteile der Schüler aus den unteren Sozialschichten werden nicht genügend ausgeglichen und durch die frühe Auslese eher verstärkt“ (S. 28). Deshalb sei eine schrittweise und auf einzelne Fächer beschränkte Differenzierung ein guter Vorschlag.

Auch hier ist der Einwand klassisch. Die mit früh erkennbarer guter Lernfähigkeit würden behindert und die Schwächeren würden ständig Misserfolge erleben.

Den größten Sprengstoff enthielt die formulierte Erwartung, dass mit einer Gesamtschule die gemeinsame soziale Erfahrung steige und damit ein Angebot bestehe, die durch das dreigliedrige Schulsystem verstärkten sozialen Ungleichheiten zu artikulieren und gemeinsam zu diskutieren. Konflikte zwischen den in der Schule erlebten und den in den Familien tradierten Lebensauffassungen könnten auf die Stärkung der Individualität wirken.

Der Einwand ist ziemlich rigoros: Die Zielsetzung der sozialen Integration in der Gesamtschule sei ein „sachfremder Erziehungsauftrag“ der Schule (S. 30).

Den Autoren in der Bildungskommission war durchaus bewusst, dass auch die bis dahin vorgebrachten Argumente für und wider die Gesamtschule zu keinem argumentativen Frieden führen würden. Sie formulierten: „Die bisherigen Argumente für und gegen die Gesamtschule enthalten Wertungen, die wissenschaftlich nicht bewiesen oder widerlegt werden können. Sie enthalten aber auch viele Vorurteile, die als Annahmen über empirische Zusammenhänge prinzipiell empirisch überprüft werden können“ (S. 32). Normenkonflikte könnten aber nach der wissenschaftlichen Untersuchung rational ausgetragen werden.

II. Pädagogische und gesellschaftliche Grundtatsachen

Auch wenn in der Untersuchung umfangreiche Ausführungen über die Notwendigkeit von Leistungserbringung und die organisatorischen Bedingungen (u. a. Ganztagschule) formuliert worden sind, die heute selbstverständlich sind, erhebt sich die Frage, warum die Debatte seit 40 Jahren fast auf der Stelle tritt.

Selbst die internationalen Vergleiche, die dem deutschen überwiegend drei-/viergliedrigen Schulsystem seit der ersten PISA- Studie weniger gute Leistungen bescheinigten als erwartet und vor allem eine nicht verantwortbare Spaltung von Schulerfolgen nach den sozialen Verhältnissen bescheinigten, haben nicht dazu geführt, dass über die Leistungen der sehr unterschiedlichen Gesamtschulen vorurteilsfrei diskutiert wurde.

Wie ist das zu erklären?

Wahrscheinlich nur, wenn man in Rechnung stellt, dass noch nie eine Schulreform nur aus pädagogischen Gründen erfolgreich war und sein kann. Entweder waren es theologische Gründe (Bibellesen in der Forderung der Reformation) oder militärische (Preußen nach 1806, Sportunterricht auf Druck des Militärs) oder politische oder ökonomische oder demografische (Landschulreform) Gründe.

Die Bildungsreformen der 60er und 70er Jahre haben nach meiner Einschätzung ökonomische und politische Gründe.

Nach dem Abschluss der Wiederaufbauphase und dem abebbenden Flüchtlingsstrom hoch qualifizierter Leute aus der DDR nach dem Mauerbau stellte sich heraus, dass die wirtschaftlich boomende Bundesrepublik den wachsenden Bedarf an akademisch ausgebildeten Menschen nicht mehr befriedigen konnte, wenn nicht gewaltige Anstrengungen zur Hebung dieses Defizits unternommen würden. Pichts Alarmruf, dass ein „Bildungsnotstand“ drohe (1964) zielte direkt auf die Erhöhung gymnasialer Absolventen. Dies ist der Hintergrund für den enormen Ausbau der Gymnasien und die Erhöhung der Abiturientenzahlen in den 60er Jahren. Aus den USA und von Bürgerrechtlern (Ralf Dahrendorf) wurde der Gedanke der Gesamtschule in die Diskussion eingespeist. Die Popularität des Begriffs der Chancengleichheit hat zur Voraussetzung, dass viele wussten, dass diese in Westdeutschland trotz vieler Einzelbeispiele nicht gegeben war.

Da die Aufmerksamkeit eines pädagogisch interessierten Publikums ohnehin auf die bildungspolitischen und pädagogischen Themen gerichtet ist, ist ihnen entgangen, dass die Schubkraft der Reformbewegung in dem Nachfragepotential an akademischem Fachpersonal in Wirtschaft, Staatsverwaltung, Wissenschaft, Forschung, Bildungssystem, Juristerei, Gesundheitswesen etc. steckte. Im Umkehrschluss hieß das, dass die Befriedigung dieses Mangels auch den Reformelan verlangsamte und schwächer werden ließ. So ist es zu erklären, dass zwar die demokratisch inspirierte und sich pädagogisch verstehende Bildungsreform Anfangserfolge erzielte, aber nicht die Stärke gewann wie im westlichen Ausland.

Nur in den damals sozialdemokratisch regierten Ländern, oft verbündet mit der damals noch progressiven FDP- Bildungspolitik (man erinnere sich, dass Herr Hirche in Niedersachsen Anfang der 70er Jahre noch eine Offene Gesamtschule forderte, die sogar ohne die Vorgaben des Bildungsrates arbeiten sollte) wurden Gesamtschulen in nennenswerter Zahl gegründet (Hessen, Berlin, Bremen, schwächer in NRW, Niedersachsen, Hamburg). Dies erfolgte allerdings, ohne die wissenschaftlichen Ergebnisse abzuwarten. In Baden-Württemberg gab es nur zwei, in Bayern nur eine Gesamtschule als Versuchsschulen.

III. Was ist ideologische Schulpolitik?

Arbeitsweise, Zielsetzung, Begründung, Ergebnisse, Organisationsformen, Zensuren, Differenzierung, heterogene Zusammensetzung der SchülerInnenenschaft, Ausbildung des Lehr-

personals, vergebene Abschlüsse waren ständig Gegenstand grundsätzlicher Art. Die politische Totschlagvokabel in dieser Auseinandersetzung war der Vorwurf der ideologischen Voreingenommenheit. Der Missbrauch dieses Vorwurfs in der bildungspolitischen Tagesauseinandersetzung gehört zu den kaum noch korrigierbaren Irrtümern bis in die Gegenwart hinein.

Der Vorwurf der Ideologie wird grundsätzlich nur denen gegenüber erhoben, die Neues formulieren und durchsetzen wollen. Historisch gewachsene Zustände und deren Verteidigung gelten danach als unideologisch und sachgerecht. Das gilt auch dann, wenn die alten Zustände selbst Ergebnis ideologischer, nämlich interessenbezogener und normativer Überzeugungen sind.

Bis zum März dieses Jahres galt es noch als ideologisch, gegen die weitere Verwendung von Kernenergie zu sein. Seitdem ist es anders.

Vor hundert Jahren galt es selbstverständlich als ideologisch, wenn man annahm, dass mehr als 4% eines Jahrgangs intellektuell in der Lage wären, das Abitur zu bestehen. Es ist pure Ideologie der damaligen Eliten, die dies zur Herrschaftssicherung glaubten und für Wahrheit ausgaben.

Es ist auch pure Ideologie zu behaupten, das sog. dreigliedrige Schulsystem sei bewährt „begabungsgerecht“. Spätestens seit 1968 wissen wir (vgl. „Begabung und Lernen“), dass es keine statische Begabung gibt, die man institutionell abbilden kann. Die neuere Hirnforschung bringt ständig neue Belege dafür.

Das, was die Bildungskommission schon 1969 warnend bemerkte, dass es nämlich normative Konflikte gibt, die in Vorüberzeugungen mit politischen Implikationen liegen, hat sich bewahrheitet. Insofern können wir in der Frage der Auseinandersetzung um die Gesamtschule eine unehrliche Debattenkultur feststellen. Es wäre besser, nicht den pejorativen Begriff der Ideologie zu verwenden, sondern die hinter den bildungspolitischen Positionen stehenden normativen Annahmen und Interessen klar zu benennen und sich gleichsam mit offenem Visier zu streiten und nicht subkutan den Anderen zu diskreditieren.

Eine dieser Überzeugungen ist beispielsweise der Wille der Eliten, dass ihre gesellschaftliche Position auch an ihre Kinder weiterzugeben sei. Werner Remmers nannte es ironisch die Meinung der Leute, die der Überzeugung seien, dass aufs Gymnasium nur die Begabten und ihre eigenen Kinder gehen dürften. Dies geschieht in Deutschland traditioneller Weise über das Bildungswesen. Ludwig von Friedeburg wies vor gut 20 Jahren auf diesen traditionellen Zusammenhang hin.

Als sich in den 80er Jahren zeigte, dass die Expansion des Bildungswesens die Bedürfnisse nach Arbeit und gesellschaftlicher Position erfüllten und die Ökonomie gesättigt schien, stagnierte auch die Abiturientenquote. Ein Übriges tat die sich ständig steigende Qualität der beruflichen Bildung, die nach dem BBiG von 1969 die Bedürfnisse der Industriegesellschaft erfüllte.

Die Rufe nach Fortsetzung der Bildungsreform bekamen einen überflüssigen Klang, den man leicht mit „ideologisch“ diskriminieren konnte.

Eine biografische Zwischenbemerkung:

Mir, als einem Menschen, der 1958 in der DDR das Abitur nach 12 Jahren, davon 8 Jahre richtige Einheitsschule, gemacht hatte, kamen die westdeutschen Diskussionen immer scheinheilig und von Doppelstandards getragen vor. Denn von 1952 bis 1990 waren sich in Westdeutschland alle einig, dass man ein solches Abitur nicht anerkennen könne, sondern das Abitur in fünf Fächern nachzumachen hatte. So war ich 1990 der einzige deutsche Kultusminister, der beide deutsche Abiture hatte und der staunend sah, wie alle Kultusminister (einschließlich Herrn Meyer-Vorfelder in Baden-Württemberg und Herrn Zehetmeier in Bayern) zustimmten, dass alle DDR-Menschen, die das Abitur hatten, dieses auch anerkannt bekommen.

Dies war ein klassischer Fall von doppelbödriger Entscheidungslage im westdeutschen Bildungsdiskurs. Plötzlich machte es gar keine Schwierigkeiten mehr, Millionen von Zeugnissen anzuerkennen, die man jahrzehntelang für minderwertig hielt. Pädagogische Argumente waren es jedenfalls nicht.

Es stellt sich die Frage, ob heute der pädagogische und demokratische Ansatz auf Erweiterung der Zahl der Gesamtschulen sich wieder mit den ökonomischen, demografischen und politischen Notwendigkeiten in Übereinstimmung bringen lässt.

IV. 40 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen

Obwohl schon Richard Langeheine, der von 1965 bis 1970 für die CDU in Niedersachsen Kultusminister war, die Gründung von Gesamtschulen als Versuchsschulen ankündigte und die ersten 7 Integrierten und 2 Kooperativen Gesamtschulen auch genehmigte, konnte erst sein Nachfolger Peter von Oertzen (SPD) die Gründung von Gesamtschulen forcieren. Zu Beginn des Schuljahres 1971/72 begannen die ersten Gesamtschulen in Niedersachsen mit den fünften Klassen ihre Arbeit, als Versuchsschulen nach den Vorstellungen der Bildungskommission. Das ist der Anlass der heutigen Zusammenkunft.

Wer Niedersachsen und seine Bildungspolitik verstehen will, muss die politischen Verhältnisse und die räumlichen Strukturen langfristig betrachten.

Politisch ist Niedersachsen das einzige Land, das in seinen Mehrheiten immer wieder zwischen SPD und CDU wechselte. Von den 65 Jahren seit Gründung des Landes haben 32 Jahre die SPD, 27 Jahre die CDU, 3 Jahre die DP, 3 Jahre die FDP das Kultusministerium geführt. Da dies immer im Wechsel geschah, konnte eine nachhaltige Befestigung in eine schulpolitische Richtung nie stattfinden. Eigentlich ist Niedersachsen das klassische Kompromissland. Wer dies nicht beachtet, verliert spätestens die übernächste Wahl.

So war es bisher immer.

Als zweitgrößter Flächenstaat der alten und neuen Bundesrepublik spielten schon immer die regionalen Gegebenheiten und damit die Wünsche der Schulträger bei der Wahl von Schulformen und Standorten eine entscheidende Rolle. Niedersachsens Schulstruktur ist ohne die großflächige ländliche Vernetzung gar nicht zu verstehen. Sie bewirkte letztlich, dass auch in den kleinsten Gemeinden kleine Volksschulen und nach Einführung der Grundschulen diese erhalten blieben. Jede Gemeinde kämpfte um den Erhalt ihrer Schule, weil sie darin Vorteile für die Kinder und die Gemeinde sahen. Diese Frage war immer mit erheblicher emotionaler Energie aufgeladen und konnte Wahlen entscheiden.

Deswegen war es nach dem Kriege und nach der Wiederaufbauphase wichtig, die zukünftige Struktur des Schulwesens möglichst einvernehmlich zu organisieren. Bei den sog. Barsinghäuser Gesprächen Ende der 50er Jahre konnte Kultusminister Langeheine (damals noch DP) den Landvolkverband dafür gewinnen, nach der Klasse 4 eine moderate Landschulreform in Gestalt der Konzentration des ländlichen Schulwesens durchzusetzen. Auf dieser Linie haben seine Nachfolger weitergearbeitet.

Die Notwendigkeit, weitere Standorte für gymnasiale Bildungsgänge zu öffnen, führte zu einer Neugründungswelle von Gymnasien in den 50/ 60er und 70er Jahren, wovon auch ländliche Räume nicht ausgenommen wurden, z. B. Bremervörde, Hankensbüttel, Burgdorf, Wolfsburg, Letter, Seevetal, Lönningen usw. Von 1954 bis 1977 wurden in Niedersachsen etwa 90 Gymnasien gegründet. Das ist mehr als ein Drittel des gesamten Gymnasialbestandes in Niedersachsen. Bildungspolitisch heißt das, dass die Gymnasien quantitativ und qualitativ mächtiger und einflussreicher geworden waren als vor der Bildungsreform. Dies muss jede Politik in Niedersachsen berücksichtigen.

Die Gründung von Gesamtschulen mit Abiturmöglichkeit war gleichsam ein Versuchs-Parallel- Unternehmen zur Gründung der Gymnasien. Der eigentlich pädagogisch wirklich

innovative Ansatz in Niedersachsen, nämlich der sog. differenzierte Mittelbau, in dem seit 1951 an 19 Volksschulen in den Klassen 5-8 gemeinsam unterrichtet wurde, wurde nicht weiter verfolgt. Es sollte herausgefunden werden, wie lange Kinder gemeinsam unterrichtet werden können und welche Fach-Leistungs-Differenzierungen nötig sind. Der erfolgreiche Versuch wurde 1964 abgebrochen.

Bei der Genehmigung der ersten 7 Gesamtschulen gab es einen strategischen Fall, der seinerzeit großes Aufsehen erregte. Die von der CDU regierte Gemeinde Fürstenau im Landkreis Osnabrück stellte den Antrag auf Errichtung einer IGS unter gleichzeitiger Schließung aller anderen Schulen des Sek.-I Bereichs am Ort. Die Schule sollte bis zum Abitur „ersetzende“ Schule sein. Das wurde genehmigt.

Aber die hinter dieser Ausnahme stehende grundsätzliche Frage war, ob dies überall im Lande möglich sein sollte oder ob nicht die Gefahr bestünde, dass Eltern nicht mehr die Möglichkeit hätten, ihre Kinder auf eine Realschule oder ein Gymnasium zu schicken.

Dies ist der Kern aller bis heute bestehenden schulpolitischen Unterschiede.

Das Niedersächsische Schulgesetz von 1974 hat die Gesamtschulen als normale Schule ausgewiesen und deren Gründung nach Maßgabe des Bedürfnisses erlaubt. Bis zum Regierungswechsel 1976 gab es in Niedersachsen 34 Gesamtschulen, davon je die Hälfte IGS und KGS. Die neue Gesetzeslage von 1979/80 stufte die Gesamtschulen rechtlich ab, indem sie sie zu Angebotsschulen deklarierte. Die bestehenden konnten weiter arbeiten, neue kamen bis 1990 nicht hinzu.

Die IGS Stadthagen, die nach der langen Zeit als erste 1990 ihre Tore öffnete, wurde nie offiziell genehmigt, weil sich ihre Genehmigung aus der Nichtbeantwortung der Frage nach der Genehmigung ergab.

Die wissenschaftlichen Begleitungen der Schulen, die nach dem Bildungsrat vorgeschrieben waren, erfüllten ihre Arbeit, ohne dass sich daraus schlüssige empirische Beweise für die Überlegenheit des einen oder anderen Systems als Ganzes ergaben.

Die Beurteilungskriterien für die Schulsysteme mussten außerhalb der Pädagogik gesucht werden, in der Politik, der Demografie, den Finanzen, der Ökonomie.

Von 1990 habe ich darauf hingewirkt, dass die Gesamtschulen rechtlich ihren Angebotsstatus verloren und zu gleichberechtigten Schulen wurden (1993). Die Gründung von Gesamtschulen wurde allerdings von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Schulträger abhängig gemacht. Dies wirkte in vielen Landkreisen und Städten als Hindernis, weil damals die Vorstellung vorherrschte, neue Gesamtschulen erforderten auch neue Gebäude. In den Jahren bis 2003 kamen zu den bestehenden Gesamtschulen etwa genauso viele hinzu.

Die PISA-Studie von 2001 erbrachte das Ergebnis, dass das deutsche überwiegend dreigliedrige Schulwesen im internationalen Vergleich nicht die Leistungserwartungen erbrachte, die man erwartete. Vielmehr lagen Länder vorn, die wie Finnland, Schweden oder Kanada Gesamtschulsysteme hatten. Prof. Jürgen Baumert, der deutsche Verantwortliche des PISA-Konsortiums, machte darauf aufmerksam, dass das Schulsystem in Deutschland offenbar dazu führt, dass die Leistungsspreizung in Deutschland besonders groß ist und die Risikogruppe, die ungenügend lesen kann, außerordentlichen Umfang hat. Verheerend aber sei, dass die Abhängigkeit des Bildungsstandes vom sozialen Status der Eltern in Deutschland signifikant sei.

Da dies eigentlich schon das Thema der Schulreform der 60er Jahre war, erstaunt es umso mehr, dass die deutsche Bildungspolitik darauf nicht sensibler und energischer reagiert hat. Über die Frage der Leistungsstandards konnte man sich schnell verständigen. Aber eine

neue Schulstrukturdiskussion fürchteten vor allem die SPD-regierten Länder. Der CDU war dies nur recht.

Und dabei hatten die demografischen Entwicklungen in Deutschland, vor allem die ständig wachsende Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, der Globalisierungsdruck auf Qualifikation und Arbeitsmarkt, die medialen neuen Dimensionen eine grundsätzliche Besinnung erfordert. Auch die Erfolgsbedingungen der PISA-Sieger wurden nicht wirklich rezipiert.

Als rational kaum noch nachvollziehbar, im klassischen Verständnis also ideologisch, kann man die Position der Regierung Wulff nach 2003 bezeichnen. Das Errichtungsverbot neuer Gesamtschulen in Niedersachsen bei gleichzeitiger schneller Abschaffung der Orientierungsstufe folgte dem Interessenkalkül des Philologenverbandes und des Teils der Bevölkerung, der das Gymnasium favorisiert.

Dies ist offenbar in Unkenntnis der ökonomischen Entwicklung, die einen erhöhten Ausbildungsstand erfordert, geschehen. Die Nichtbeachtung der Integrationsbedürfnisse der Migrantenkinder und der Wunsch nach Offenhalten der Bildungswege der Kinder ist offenbar völlig aus dem Blick geraten.

Denn die Doppelentscheidung, Abschaffung der OS und Gründungsverbot von IGS, führte dialektisch genau zum Gegenteil des Gewünschten. Der Druck nach früher Entscheidung für die Schullaufbahn verlagerte sich in die Grundschulen zurück. Dies führte in den ländlichen Räumen zur Verlängerung der Schulwege zum Gymnasium und den Realschulen und in den Städten zum völligen Ausbluten der Hauptschulen, weil die Eltern natürlich die Chancen ihrer Kinder wahren wollten. Letztlich wird dadurch auch der Wunsch in den ländlichen Räumen erhöht, bei zurückgehenden Schülerzahlen, wohnortnahe Standorte zu erhalten.

Die in Niedersachsen seit den 60er Jahren bekannte Form der engen Zusammenarbeit von Haupt- und Realschule kommt trotz Separationsbedürfnissen der Realschulen neu in den Blick.

Das alles hat zunächst gar nichts mit pädagogischen Erwägungen zu tun, sondern mit Demografie, Standortfragen, Elternwünschen und ökonomischer Leistungsfähigkeit der Schulträger.

Das prognostizierbare Ergebnis dieser Entscheidungen provozierte den Wunsch, die Möglichkeit zu eröffnen, auch kleinere Schulzentren aus Haupt und Realschulen pädagogisch so aufzuwerten, dass die Kinder alle Chancen behielten und der Weg bis zum Abitur offen gehalten wurde. Der Gedanke, dies in einem wie auch immer gearteten Gesamtschulkonzept zu versuchen, lag nicht fern. Es stellte sich die Frage, ob bei absehbar sinkenden Schülerzahlen das Erfordernis der Mindestzügigkeit aufrecht erhalten werden kann.

Es gab bereits in den 70er Jahren etwa zehn Schulen, in denen neben Haupt- und Realschulen sog. gymnasiale Angebote gemacht wurden. Werner Remmers hat diese 1976 sofort wieder aufgehoben, genauso wie die Vorschule und die Eingangsstufen.

V. Aktuelle Situation

Der Gesamtschulstau war vorprogrammiert. Deshalb hat es in den letzten drei Jahren nach Aufhebung des Errichtungsverbots neuer Gesamtschulen eine Welle von Neugründungen gegeben, so dass wir heute etwa 100 Gesamtschulen haben.

Alle bisherigen bildungspolitischen Auswegmanöver im Kompromissland Niedersachsen, wozu eigentlich auch die Orientierungsstufen und in gewissem Sinne auch die KGS gehören,

haben sich als nicht tragfähig erwiesen, die gesamte Struktur des Schulwesens im Lande zu sanieren.

Relativ stabil stehen die Gymnasien da. Gegen sie ist seit der enormen quantitativen Ausweitung in den letzten 50 Jahren und dem offenbaren Elternwunsch keine konfrontative Politik möglich. Das Schulsystem aber so zu organisieren, dass alle anderen Schulen um das Gymnasium herum gruppiert werden, halte ich für verantwortungslos.

Das Offenhalten der Schullaufbahnen als Möglichkeit für alle ist die eigentliche Aufgabe. Da dies unter den Bedingungen zurückgehender Schülerzahlen, der Inklusionsforderung und der möglichst flexiblen Ausbildung geschehen muss, stellt sich die Frage, welche zukünftige Struktur gelten soll.

In vielen Ländern geht man auf ein zweigliedriges Schulsystem zu (Berlin, Saarland, Ostländer). Was bietet Niedersachsen?

Es ist die Oberschule.

Das Wort weckt bei mir Assoziationen an die DDR. Mein Abiturzeugnis ist von einer Oberschule ausgestellt worden. Die 10jährige Polytechnische Oberschule (POS) für alle Kinder der DDR bis zur 10. Klasse war der Beelzebub der konservativen Bildungspublizistik. So ändern sich die Worte!

Im Ernst:

Löst die Oberschule die angedeuteten Probleme? Garantiert sie die Offenhaltung der Bildungswege? Sollen alle Standorte erhalten bleiben? Gibt es auch zu kleine Oberschulen? Welche Ressourcen stehen zur Verfügung? Gibt es eine Vergleichsrechnung zu möglichen Alternativen? Wieso sollen keine kleineren Zügigkeiten möglich sein? Warum ist die Standortgarantie für Gymnasien höher zu bewerten als die Bildungsgarantie für Kinder?

Die Fragen sind eigentlich schon die Antwort.

Entscheidende Probleme der Schulentwicklung, der Qualitätserfordernisse der Schulen, der Offenhaltung der Schullaufbahn, der Finanzierung der Schulen werden strategisch nicht gelöst. Es ist ein niedersächsischer unabgesprochener Kompromissvorschlag, nicht richtig falsch und nicht richtig richtig, also eine halbe Sache. Nun mag man das als politisch weise halten, aber ist das eigentlich nötig?

VI. Was bedeuten die Auszeichnungen für die IGS Hildesheim und Göttingen?

Als vor einigen Jahren der von der Robert-Bosch-Stiftung verliehene hoch dotierte und renommierte deutsche Schulpreis an die niedersächsischen IGS in Braunschweig und in Hildesheim ging, war die Überraschung groß. Ministerpräsident Wulff erklärte vor Ort in Hildesheim, in solch eine Schule wäre er auch gern selbst gegangen.

Bundesweites Aufsehen erregte in der letzten Woche, dass derselbe Preis in diesem Jahr an die IGS in Göttingen-Geismar verliehen worden war. Der Chef des von der KMK an der Humboldt- Universität in Berlin eingesetzten Instituts für Qualitätsentwicklung Prof. Dr. Anand Pant sagte, dass er eine solch gute Schule noch nie gesehen habe.

Damit ist die Aufmerksamkeit wieder auf die pädagogischen Potentiale der Gesamtschule geführt:

- Individuelle Leistungsanforderungen, so dass weder Unter- noch Überforderung feststellbar sind,
- Keine Fachleistungsdifferenzierung,

- Erziehung zu Teamfähigkeit,
- Konsequente Bildung von dauerhaften Klein-Teams mit weitreichenden Kompetenzen,
- vielfältige Lernerfahrungen in handwerklichen, künstlerischen und sportlichen Bereichen,
- Teamgruppentreffen in den Elternhäusern,
- absolute Offenheit in der Bearbeitung von Erziehungs- und Lern- Problemen,
- Abbild der Göttinger Schülerschaft (65% mit gymnasialer, 25% mit Realschul-, 10% mit Hauptschul-Empfehlung),
- Spitzenleistungen in allen Prüfungen,
- intensive Kooperation mit gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen und Gruppen.

Besonders die hoch kommunikative Arbeit in sich selbst steuernden Klein-Lern-Teams, in denen bewusst heterogene Lerner sind, wird als ein besonders erfolgreiches Instrument angesehen. Die Schulleitung behauptet, dass die Prinzipien dieser Arbeit in allen Schulen möglich wären.

Das Erstaunliche ist, dass die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler überdurchschnittlich hoch sind. Das Argument, dass es sich hier um eine hohe gymnasiale Population handelt, die zu überdurchschnittlichen Ergebnissen führen müsse, ist nur eine Scheinrelativierung. Denn wenn dies der Grund der Leistungsfähigkeit wäre, müssten die Leistungen der Göttinger Gymnasien noch höher sein, weil sie ja keine repräsentative Zahl von Haupt- und Realschulempfehlungen haben. Aber dieses Ergebnis gibt es nicht.

Richtig bleibt natürlich die Beobachtung, dass die Arbeit in weniger akademischem Umfeld wie beispielsweise in Hannover Linden oder Vahrenheide mit Göttingen nicht unmittelbar vergleichbar ist. Es bliebe zu untersuchen, welche Göttinger Erfahrungen tatsächlich übertragbar sind.

Wenn es stimmt, was gestern DIE ZEIT berichtete, dass das Erfolgs-Geheimnis der Schule die Haltung der SchülerInnen ist, dann muss man wissen, dass Haltung nur entsteht, wenn sie ermöglicht wird. Erzwungene Haltung führt zu Kadavergehorsam, ermöglichte zu Selbstbestimmung und Selbstdisziplin.

Kultusminister Althusmann wird mit dem offenbar relativierend gemeinten Kommentar zitiert, mit der IGS Göttingen-Geismar sei ein pädagogisches Konzept, aber keine Schulform ausgezeichnet worden. Eigentlich ist das selbstverständlich. Aber diese Beobachtung ist kein Grund, den Vorbildcharakter des pädagogischen Konzepts abzustreiten, sondern seine Übertragbarkeit zu evaluieren. Vor allem wäre es kein Grund, die Arbeitsbedingungen der Schule selbst zu verschlechtern.

Unterrichtsversorgung, Lehreraus- und -fortbildung sowie die Schulzeitfrage sind für die Schule kennzeichnend.

Die Schulzeitfrage (8 oder 9 Jahre bis zum Abitur) ist unter dem offensichtlich oberflächlichen Vergleich mit anderen Ländern entschieden worden.

Natürlich kann man nach 8 Jahren das Abitur machen. Ich werde doch mein eigenes Abitur nicht schlecht machen! Die Nazis und die Kommunisten haben es in Deutschland vorexerziert, die neuen Länder beibehalten. Dies war allerdings auf der Basis einer viel geringeren Population, die das Abitur erreichten, entschieden worden.

Wenn, wie heute, mehr als 40% eines Jahrgangs das Abitur anstreben, verringert sich die Reichweite und Wirkung traditioneller Schulsprache sowie Denk- und Verhaltensweisen. Das 13. Schuljahr, das ab 1952 wieder galt, repräsentierte zwar die Vorstellung klassischer gymnasialer Bildungsvorstellungen. Heute wäre sie ein Mittel, die kritische Potenz vorakademi-

scher Bildung einzuüben und auch Jugendlichen zu ermöglichen, die dafür keine häuslichen Voraussetzungen und Anregungen erhalten können. Das braucht Zeit.

Die achtjährige Phase, die in diesem Jahr erstmals absolviert wurde, ist das Produkt der bedingungs- und atemlosen Verwertbarkeitsideologie neoliberaler Observanz. Davon waren alle Parteien, auch meine eigene, seit den 90er Jahren befallen. Eigentlich ist diese mit der Finanzkrise seit 2008 obsolet geworden.

VII. Ausblick

Wir befinden uns in einer Phase, in der die demografischen und ökonomischen Zwänge sich mit den pädagogischen Möglichkeiten treffen können. Man muss dies erkennen und daraus die Schlüsse ziehen.

Bei zurückgehenden Schülerzahlen und der damit einhergehenden erhöhten Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften jeder Art kann es sich unsere Gesellschaft nicht leisten, verborgene oder nicht geförderte Begabungen ungenutzt zu lassen.

Dies scheint aber nur möglich, wenn man alle tauglichen pädagogischen Erfahrungen vorurteilsfrei prüft. Und dazu leisten die Gesamtschulen viel mehr als bisher propagandistisch wahrgenommen.

Wahrscheinlich wird sich das deutsche Schulsystem in die Richtung der Zweigliedrigkeit entwickeln. Das Gymnasium und Gesamtschulen in vielfältiger Gestalt. Es wird vielleicht gar nicht mehr lange dauern, dass auch in Niedersachsen diese Entwicklung sichtbar wird, schön langsam und am Liebsten unauffällig.

Ich halte das für einen Fortschritt. Aber man muss dann wissen, dass die pädagogische Arbeit mit den schwierigeren, aber förderungsfähigen Kindern und Jugendlichen nur von einem Teil der Lehrerschaft getragen würde. Die Gymnasien und ihre Lehrerschaft wären davon ausgenommen.

Thomas Rauschenbach, der Leiter des Münchner Jugendinstituts, hat vor einem halben Jahr darauf hingewiesen, dass die Forderung nach Chancengleichheit nicht missverstanden werden darf. Sie bedeutete nie Ergebnisgleichheit.

Aber wir haben auch in den letzten Jahrzehnten gelernt, dass es nicht ausreicht, die gleichen Lernforderungen zu erheben und danach die Schülerinnen und Schüler zu messen. Man muss diese vielmehr überhaupt erst befähigen, ihre Chancen wahrzunehmen, damit es gerecht zugehen kann.

Dazu gehören soziale, kulturelle, personale und praktische Kompetenzen, die alle erwerben müssen.

In dieser komplexen Aufgabe haben die Gesamtschullehrinnen und -lehrer die größten Erfahrungen. Sie haben es viele Jahre unter großem persönlichen Aufwand und Engagement getan. Manche sind darüber müde geworden. Ihnen ständig mehr Beweise ihrer Tüchtigkeit abzuverlangen als allen anderen Schulen, ist nicht nur undankbar, sondern auch unfair.

Sie haben in den letzten 40 Jahren ihre professionelle und pädagogische Tauglichkeit erwiesen. Insofern haben sie der Gesellschaft mehr gegeben als viele zur Kenntnis nehmen wollen.

Aber eines ist noch ein Desiderat.

Es gibt bis heute keine statistisch relevante Auswertung über die Lebenswege und Erfolge von AbsolventInnen der Gesamtschulen.

Peter Brammer, der erste Leiter der IGS Göttingen, erzählte mir vor langer Zeit, dass die Schule seit dreißig Jahren versucht, den Lebensweg, d.h. u.a. auch den Studienerfolg ihrer

Absolventen abzufragen. Dabei sei ersichtlich geworden, dass die in den ersten Semestern erkennbaren Defizite an abfragbarem Wissen im Verhältnis zu den gymnasialen Kommilitonen für den gesamten Studienerfolg völlig unerheblich seien. Viel wichtiger für ein erfolgreiches Studium sei die in den Gesamtschulen eingeübte und trainierte Fähigkeit der selbständigen Informationsbeschaffung und kritischen Sichtung. Hier hätten die Gesamtschulabsolventen ohne Zweifel Vorteile.

In Abwandlung des eingangs zitierten Satzes von Hermann Heimpel könnte man sagen, dass die Kenntnis der Erfahrungen der Gesamtschulen vor pädagogischen Neuentdeckungen schützt.

Und für diese Entdeckung kann man nach 40 Jahren den niedersächsischen Gesamtschulen und allen, die in und mit ihr arbeiten, nur gratulieren.

Literatur:

Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Band 4 „Begabung und Lernen“, Hrsg. Heinrich Roth Stuttgart 1968

Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, „Strukturplan für das Bildungswesen“, Stuttgart 1970

Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, „Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen, Stuttgart 1969

Ludwig von Friedeburg: „Bildungsreform in Deutschland, Geschichte und Widerspruch, Frankfurt 1989

Jens- Rainer Ahrens: „50 Jahre Schulentwicklung in Niedersachsen- Zur Entwicklung im allgemeinbildenden Schulwesen“, in : Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen, Heft 12, 1996, S. 472- 481

Dieter Galas: „Gesamtschulen in Niedersachsen, Schulrechtliche Entwicklungen 1971-2009“, in Niedersächsische Verwaltungsblätter 11, 209, S.297- 303.

Niedersächsisches Kultusministerium, „Erste Oberschulen genehmigt- bereit 68 Anträge liegen vor“, Pressemitteilung Nr. 023, 3. 5. 2011

Christian Meyer und Klaus Schittko: „ 25 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen“, in : Schulverwaltungsblatt für Niedersachsen Heft 9, 1996, S. 393- 395

Christian Füller „Schulpreis, Alle lieben die Gesamtschule- für einen Tag“, SPIEGEL ONLINE 9. 6. 2011

Georg- Christoph- Lichtenberg- Gesamtschule Göttingen, Pressemitteilung zum Deutschen Schulpreis 2011, 10. 6. 2011

Reinhard Kahl: „Das Geheimnis liegt in der Haltung“, DIE ZEIT, 16. 6. 2011, S. 72.



Prof. Rolf Wernstedt, ehemaliger Landtagspräsident und Kultusminister in Niedersachsen, hielt den Festvortrag '40 Jahre IGS in Niedersachsen'. Er wurde mit einer stehenden Ovation geehrt.



Prof. Rolf Wernstedt übergab Eberhard Brandt eine historische Schallplatte zur Schulpolitik in der alten Bundesrepublik



Im Hintergrund die Logos der drei Veranstalter

Redaktionelle Bearbeitung:
Ulla Riechelmann

Fotos:
Richard Lauenstein